

## PROTOKOLL

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration  
am Donnerstag, den 13.09.2018,  
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** SJFSul/007/2018  
**Öffentliche Sitzung:** 19:02 Uhr bis 20:36 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Heiko Christian Grube

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Thomas Schulke

Christian Terbeck

Ingo Weinert

Herla Wendelin-Feindt

Vertreter für Karl-Heinz Gerling

Vertreter für Malte Stakowski

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Jutta Dettmann

Annegret Mielke

Bernhard Schürmann

Vertreterin für Herrn Otto

Vertreter für Frau Kattner-Tschorn

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Silke Meier

Vertreterin für Frau Buermeyer

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Spiekermann

Vertreter für Frau Thöle-Ehlhardt

#### **Mitglied DIE LINKE**

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

#### **Hinzugewählte**

Timo Käthner

Manfred Lindemann

Conrad Tönsing

Vertreter für Frau Schulte

#### **Gäste**

Judith Langsenkamp

Maren Wilmes

Tim Wesselmann

zu TOP 7

zu TOP 7

zu TOP 9

#### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Andreas Dreier

StAR Klaus-Peter Kugler

StOAR Karl-Wilhelm Möller

Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller

Stadtyugendpflegerin Tanja Werges

Ehrenamtskoordinatorin Katja Rauer

#### **ProtokollführerIn**

Michael Hölscher

#### **Zuhörer**

Presse

Meller Kreisblatt Herr Hengehold

**Abwesend:**

**Mitglied CDU-Fraktion**

Karl-Heinz Gerling

Malte Stakowski

**Mitglied SPD-Fraktion**

Karin Kattner-Tschorn

Mathias Otto

**Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Ursula Buermeyer

**Mitglied UWG-Fraktion**

Ursula Thöle-Ehlhardt

**Hinzugewählte**

Christine Henseler

Ingrid Holze

Laura Schäfer

Katja Schulte

## **Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 16.05.2018
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Vorstellung Flüchtlingssozialarbeit - Bericht von Frau Wilmes
- TOP 7 Antrag des Caritasverbandes auf Personal- und Sachkostenzuwendungen zur Fortführung der Flüchtlingssozialarbeit  
Vorlage: 2018/0197
- TOP 8 Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. zur Förderung der Integrationsarbeit "Buer integrativ" im Stadtteil Buer  
Vorlage: 2018/0196
- TOP 9 Konzept der Jugendarbeit  
Vorlage: 2018/0233
- TOP 10 Unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0226
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sowie die Zuhörer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 16.05.2018**

Herr Linnemann-Grundmann merkt an, dass die Übermittlung des letzten Protokolls nicht zeitnah war.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, so dass das Protokoll zur Sitzung vom 16.05.2018 ohne Änderungen bei einer Enthaltung genehmigt wird.

Im Folgenden begrüßt der Vorsitzende die neue Ehrenamtskoordinatorin Frau Katja Rauer, welche ihre Tätigkeit bei der Stadt Melle zum 01.09.2018 aufgenommen hat.

Frau Rauer stellt sich vor und berichtet über ihren Werdegang und über die Aufgabenplanung für ihre Arbeit in der Stadt Melle. Vorsitzender bedankt sich für die kurze Vorstellung und bietet Frau Rauer die Unterstützung des Ausschusses für ihre Arbeit an.

## **TOP 5 Bericht der Verwaltung**

Herr Dreier berichtet, dass die **3. Meller Jugendkonferenz** am 21.02.2019 im Forum Melle stattfindet.

Die Jugendkonferenz wird durch den Arbeitskreis Jugendbeteiligung vorbereitet, welche durch Herrn Helmes von der Stellwerk Zukunft gGmbH begleitet wird.

Wie auch bei den ersten beiden Jugendkonferenzen sollen die Jugendlichen zu konkreten Fragestellungen an verschiedenen Themen arbeiten. Die Ergebnisse sollen am Ende der Jugendkonferenz (später Nachmittag) der Verwaltung, der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

### **Flüchtlinge/Asyl**

Das Flüchtlingswohnheim in Riemsloh ist mit 39 Personen belegt. In Neuenkirchen liegt die Belegung bei 40 Personen. Aufgrund der verschiedenen Konstellationen und einer Person, die aus gesundheitlichen Gründen ein Zimmer komplett belegt, ist für beide Unterkünfte die Kapazitätsgrenze erreicht.

Dem entgegen steht die noch aufzunehmende Quote von 23 Personen, die noch nicht erreicht ist.

Aufgrund der Vorgaben der Bundesdruckerei wurden in zwei Büros des Sozialamtes Fingerabdruckscanner und Zugänge für das Ausländerzentralregister installiert. Es sollen so unter strengen Vorgaben in Zweifelsfällen Kontrollen der Flüchtlinge ermöglicht werden.

## **Elterngeld**

Entsprechend dem Bundestrend steigen erfreulicherweise auch in Melle die Geburtenzahlen an. Dies spiegelt sich natürlich auch in der Anzahl der Elterngeldanträge wieder, die seit dem Jahr 2015 um 20% gestiegen sind. Daneben zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Antragszahlen für 2018 das Vorjahr erneut übertreffen werden.

Die Ausgaben für Elterngeld beliefen sich im Jahr 2017 auf rd. 3,5 Mio. EUR. Bei den Aufwendungen handelt es sich um durchlaufende Bundesmittel, die den kommunalen Haushalt nicht belasten.

## **Präventionsrat**

Am 12.06.2018 hat die CDU/FDP-Gruppe einen Antrag zur Einrichtung eines „Runden Tisches Kriminalprävention“ gestellt, der möglichst zweimal pro Jahr tagen und alle relevanten Akteure verknüpfen sollte.

Dieser Antrag findet sich heute nicht auf der Tagesordnung, da ein solches Gremium bereits existiert. Da diese Strukturen in dieser Form der Politik nicht vollumfänglich bekannt sind, hier dazu einige Erläuterungen:

Frau Feller leitet den Präventionsrat, der sich ca. drei- bis viermal jährlich trifft. Dem Arbeitskreis gehören Vertreter bzw. Akteure aus den verschiedenen Bereichen an. Geladen werden beispielsweise die Schulleitungen und Schulsozialarbeiter/innen, der Fachdienst Jugend, die Polizei, das Psychologische Beratungszentrum Melle, die Leitung des Jugendzentrums Altes Stahlwerk und des Jugendwagons, die Stadtjugendpflegerin, die Suchtberatung der Caritas, die Vereine Jugendhilfe Kontakt e.V. und Melle vernetzt e.V. sowie der Präventionsbeauftragte des Landkreises Osnabrück an.

Aufgabe dieses Rates ist es, Kriminalität vorzubeugen und Maßnahmen zu initiieren und umzusetzen, die derartige Negativentwicklungen verhindern bzw. Risikofaktoren schwächen und/oder Schutzfaktoren verstärken.

Der Antrag der CDU/FDP-Gruppe enthielt auch den Vorschlag, die Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration und des Ausschusses für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr einzubeziehen, den die Verwaltung gerne aufgreift.

Parallel zu diesem Gremium wurde in der Vergangenheit bereits wiederholt themenspezifisch ein Runder Tisch verschiedener Akteure gebildet, wenn sich aktuelle Gefährdungssituationen ergaben oder sich abzeichneten.

Auch die Polizei wurde bei Bedarf in diese Arbeitsgruppen involviert. In diesen Runden ging es darum, die Situation aus verschiedenen Blickrichtungen zu beleuchten, gemeinsam Lösungsansätze für eine Verbesserung zu entwickeln und umzusetzen. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt und soll auch künftig beibehalten werden.

Frau Wendelin-Feindt bedankt sich für die Ausführung zum Präventionsrat und für die Information, dass ein solches Gremium schon fest etabliert ist.

Außerdem fragt sie nach dem Sachstand zum Projekt Mobile Bahnhofsmision, welche in der letzten Sitzung von Herrn Bohnenkamp von der Bahnhofsmision Osnabrück vorgestellt wurde.

Herr Grube erläutert, dass ihm Herr Bohnenkamp kürzlich erklärt habe, dass an dem vorgestellten Zeitplan festgehalten werde, so dass im Oktober die ersten Hilfsangebote starten werden.

Aufgrund der Auslastung der Gemeinschaftsunterkünfte erkundigt sich Frau Dettmann, ob ein Umbau des alten Hallenbades in eine Gemeinschaftsunterkunft angedacht ist.

Herr Dreier erwidert, dass es zunächst bei den vorhandenen Unterkünften in Neuenkirchen und Riemsloh bleiben soll. Ein Umbau des alten Hallenbades kommt derzeit nicht in Betracht.

Frau Mielke zeigt sich verwundert darüber, dass in den Reihen der CDU/FDP-Gruppe die Einrichtung Präventionsrat nicht bekannt war, zumal dieser schon sehr lange existiere. In diesem Zusammenhang lobt sie die sehr gute Arbeit, die Frau Feller in diesem Rat leistet.

Vorsitzender dankt für den Bericht der Verwaltung.

## **TOP 6      Vorstellung Flüchtlingssozialarbeit - Bericht von Frau Wilmes**

Frau Wilmes bedankt sich, dass sie ihre Arbeit heute im Ausschuss präsentieren darf. Sie erläutert, dass sie mit einer 1/4 Stelle gestartet sind; diese wurde nun zu einer vollen Stelle ausgebaut. Dies ist eine Reaktion auf die steigenden Fallzahlen. Vor zwei Jahren wurde überwiegend in Einkommensfragen beraten. Aktuell werde zudem über zentraler/dezentraler Wohnraum, Ehe und Familie, Arbeit, Bildung, Recht, Aufenthalt, Förderung der Frau und über körperliche und psychische Gesundheit beraten. Die in dem Sachbericht 2018 vorgelegten Fallbeispiele geben außerdem einen intensiven Einblick in die leistende Arbeit. Bis heute sind es 136 Fälle, die jeweils von 2 bis zu 10 Beratungen in Anspruch nehmen. Frau Wilmes stellt heraus, dass dieses Angebot auch weiterhin von den Flüchtlingen benötigt wird und bittet daher um eine weitere Bezuschussung der Personal- und Sachkosten entsprechend dem vorliegenden Antrag.

Frau Dettmann bedankt sich für den Bericht und erklärt, dass sie sich persönlich einen Eindruck über die Arbeit verschafft habe. Sie lobt die geleistete Arbeit und weist darauf hin, dass diese weiter gefördert werden sollte. Im Folgenden stellt sie die Frage, wie die Erstaufnahmen mit (Hoch)Schwangeren umgehen; insbesondere ob ein kurzfristiges Angebot zur Vorsorge und Hebammen sichergestellt werden kann.

Frau Langsenkamp erklärt, dass es in der Unterkunft in Wellingholzhausen vereinzelt zu Geburten kommt, diese aber in einem lösbaren Rahmen liegen.

Frau Feller ergänzt, dass über die Diakonie Frau Buderat Schwangerenberatung angeboten werde. In der GU Neuenkirchen kommt diese Beratung in die Unterkunft. In anderen Ländern sind die Frauen zumeist was das Thema Schwangerschaft und Geburt angeht auf sich allein gestellt. Das System Hebamme, wie es hier installiert ist, sei dort gänzlich unbekannt.

Herr Linnemann-Grundmann erkundigt sich, wie viele Fälle von Familienzusammenführungen es gibt.

Frau Wilmes erwidert, dass es aktuell um die drei Fälle sind.

Herr Linnemann-Grundmann erkundigt sich weiter nach der Anzahl an Anträgen auf Familienzusammenführung.

Frau Wilmes kann dazu zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben machen.

Herr Schulke bedankt sich bei Frau Wilmes und Frau Langsenkamp für die geleistete schwere Arbeit und dankt ebenfalls allen Wohlfahrtsverbänden für die lobenswerte Arbeitsmarktintegration. Er merkt an, dass sich diese Integration für Frauen schwieriger gestalten als für männliche Bewerber. Hier sollte ein verstärktes Augenmerk auf die Ausbildung gelegt werden.

Herr Lindemann fragt, wie viele neugeborene Kinder es in 2015 gab und was mit den zum Teil großen Familien, im Hinblick auf Wohnraum, passiert.

Frau Langsenkamp erläutert, dass die Geburtenzahlen stetig steigen, sie kann aber keine aktuellen Zahlen vorlegen. Die Wohnungsvergabe sei ein präsent Thema; dieses werde mit der WBG beleuchtet.

Herr Lindemann berichtet in diesem Zusammenhang, dass in der Gemeinde Bad Essen die Wohnungsvergabe ein massives Problem darstelle. Die WBG solle auf dieses Problem hingewiesen werden, damit hier entsprechend reagiert werden könne.

Herr Kugler merkt an, dass für die neugeborenen Kinder ein separater Antrag gestellt werden muss. Des Weiteren könnten seitens der WBG zunächst noch größere Wohnungen angeboten werden; hier sei das Angebot jetzt erschöpft. Bei der Familiengröße gehe es um maximal sechs Personen, in den meisten Fällen aber um weniger.

Herr Lindemann erkundigt sich nach den Vorhaltekosten.

Herr Dreier erklärt, dass es diese nicht gebe, da diese 1:1 durch den Landkreis erstattet werden.

Herr Weinert erkundigt sich, welche Staatsbürgerschaft die neugeborenen Kinder vor dem Antrag haben.

Herr Kugler erklärt, dass die Staatsangehörigkeit der Kinder gleich die der Eltern sei.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Aussprache zu dem Bericht.

**TOP 7      Antrag des Caritasverbandes auf Personal- und Sachkostenzuwendungen zur Fortführung der Flüchtlingssozialarbeit  
Vorlage: 2018/0197**

Frau Wilmes erläutert die Beschlussvorlage. Ergänzend erklärt sie, dass die Gesamtfinanzierung für 2019 zum Teil durch Landesmittel gesichert ist. Für 2020 ist die Teilfinanzierung durch das Land noch unsicher.

Herr Dreier bedankt sich bei der Caritas für die geleistete Arbeit in dem Bereich. Die Verwaltung spricht sich mit gutem Gewissen für den Antrag des Caritasverbandes aus. Es ist auch gewährleistet, dass die komplette Finanzierung über die Stadt laufen kann.

Frau Wendelin-Feindt erklärt, dass alle der Meinung sind, dass dieser Punkt so beschlossen werden kann.

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage: 2018/0197 zur Abstimmung.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Er bedankt sich für die bisher geleistete Arbeit.

Frau Wilmes bedankt sich für das Vertrauen in ihre Arbeit.

### **Beschlussvorschlag**

Dem Antrag des Caritasverbandes vom 06.08.2018 auf die Bezuschussung der Personal- und Sachkosten für eine 0,75 Vollzeitstelle zur Fortführung der Flüchtlingssozialarbeit in der Stadt Melle für die Zeit vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 in der Höhe von 46.146,32 € im Jahr 2019 und 47.334,76 € im Jahr 2020 wird zugestimmt.

### **TOP 8      Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. zur Förderung der Integrationsarbeit "Buer integrativ" im Stadtteil Buer Vorlage: 2018/0196**

Frau Feller erläutert den Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. für den Haushalt 2019/20. Sie befürwortet eine Zustimmung des Antrages, da die Haushaltsmittel bereits angemeldet wurden.

Frau Dettmann sieht die Kontinuität für den Antrag als gegeben an, zumal für das Jahr 2019 schon zugestimmt wurde. So sei es auch schlüssig, dies noch einmal für 2019/20 zu beschließen. Es diene als Beispiel zur Ehrenamtsförderung und stärke das Vorzeigeprojekt in Buer.

Frau Meier spricht ihr Lob für die geleistete Arbeit aus. Dieses Projekt sei ein gutes Beispiel für Ehrenamt und Integration.

Frau Wendelin-Feindt spricht ebenfalls ihr Lob für die geleistete Arbeit aus.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage 2018/0196 zur Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

### **Beschlussvorschlag**

Dem Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. zur weiteren Finanzierung der Integrationsarbeit bzw. Fortführung des Projektes „Buer integrativ“ im Stadtteil Buer für die Jahre 2019 und 2020 in Höhe von **4.000,00 €** jährlich wird zugestimmt.

### **TOP 9      Konzept der Jugendarbeit Vorlage: 2018/0233**

Herr Spiekermann merkt an, dass sich Frau Wendelin-Feindt im Mitwirkungsverbot befinden könnte.



Frau Wendelin-Feindt erklärt, dass sie ein Mitglied des Vorstandes des Vereins Jugend Power Welling e.V. sei, die Tätigkeit des Vereins jedoch schon seit längerem ruhe und sie sich daher nicht im Mitwirkungsverbot sehe.

Frau Werges stellt die Vorlage vor.

Vorsitzender dankt für die Vorstellung der Vorlage und stellt diese zur Diskussion

Frau Wendelin-Feindt dankt allen Mitstreitern für die Erstellung der Informationsvorlage. Sie erklärt, dass die CDU/FDP-Gruppe die Übergangszeit von fünf Jahren als zu lange ansehe. Ebenfalls erklärt sie, dass es bei den Sozialarbeitern die gleiche Diskussion gab. Es sei von allen nachvollziehbar, dass es eine gewisse Zeit brauche, aber dann sollte es so schnell wie möglich stattfinden. Sie erinnert, dass die Ehrenamtlichen sehr flexibel seien.

Herr Tönsing ergänzt, dass bei der Übergangszeit von fünf Jahren ein Ressourcenübergreifen zu lange sei. Bei dem aktuellen Fachkräftemangel gebe es nur wenige Sicherheiten für die Mitarbeiter in diesem Bereich.

Frau Mielke stimmt Herrn Tönsing zu und gibt zu bedenken, dass es heute um die Vorstellung des Konzeptes gehe und noch nicht um die Beschlussfassung. Zudem sei keine Weitsicht bis zum Jahr 2024 zu erkennen. Sie nehme das Konzept zur Kenntnis, wünsche sich jedoch, dass die vorhandenen Strukturen in den Stadtteilen Buer/Neuenkirchen erhalten bleiben sollten.

Vorsitzender unterstreicht, dass es sich hier um eine Informationsvorlage handle, die nun noch in den Fraktionen beraten werden sollte mit dem Ziel, einen entsprechenden Beschluss in der Ausschusssitzung im November zu fassen.

Auch Herr Dreier bekräftigt noch einmal die Ergebnisse der Vorlage. Es habe Gespräche mit den Trägervereinen gegeben. Zusammenfassend wurde dabei klar, dass eine sofortige Umsetzung nicht funktioniere, aber dass fünf Jahre ein angemessener Zeitraum sei. Dies soll heute gespiegelt werden, um eine Beschlussfassung im der Novembersitzung zu ermöglichen.

Herr Spiekermann gibt zu bedenken, dass ein Zerschlagen von vorhandenen Strukturen in den einzelnen Ortsteilen keinen Sinn mache. Hier sollte entsprechende Vorsorge getroffen werden. Außerdem sollte überlegt werden mehr Personal abzustellen.

Frau Dettmann verspricht sich von dem Konzept eine größere Flexibilität und warnt vor künstlichem Aufbauschen. Sie schlägt daher vor, dass die einzelnen Vereine kurz und prägnant schriftlich darlegen, weshalb sie die vorgeschlagene Übergangsfrist für nötig erachten.

Herr Weinert fordert, dass der Zeitplan eingehalten werde, sodass ein gutes Miteinander von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen entstehen kann und dass bestehende Projekte nicht einreißen. Er gibt zu bedenken, dass die vorgesehenen fünf Jahre sicher nicht in Stein gemeißelt seien. Die Umsetzung sollte aber daher so schnell wie möglich unter der Federführung der Mitarbeiter des Stahlwerks anlaufen.

Herr Tönsing ergänzt, dass mit Personal zu „jonglieren“ eine positive, gute Maßnahme sei. So entsteht eine bessere Planung für etwaige Vertretungen. Aber auch er plädiert darauf, die alten Strukturen nicht zu zerschlagen.

Frau Meier erklärt, dass dieses Konzept das Ergebnis nach den langwierigen Gesprächen sei. Sie hält es für wichtig, weiter mit den Vereinen im Gespräch zu bleiben. Zudem lobt sie die gute Arbeit der Ehrenamtlichen und des Alten Stahlwerkes. Auch sei zu beachten, dass alle einen Kompromiss eingehen müssen, denn die Vereine haben sich mit dem Konzept auseinandergesetzt.

Herr Wesselmann stellt fest, dass die Übergangszeit von fünf Jahren wichtig ist, damit alle Übergänge reibungslos funktionieren. Er versichert, dass mit der Umsetzung nicht 5 Jahre gewartet werde, sondern damit zeitnah gestartet werde.

Herr Spiekermann erinnert, dass die Koordination schon jetzt läuft und er habe Bedenken, dass die Vertretungen für den Krankheitsfall nicht praktikabel seien.

Frau Wendelin-Feindt betont, dass Sozialpädagogen eine Berufsgruppe sei, die sehr flexibel reagieren könne.

Herr Lindemann schlägt vor, dass zur Prävention Sozialarbeiter eingestellt werden sollten. Er sieht es ebenfalls als ungeschickt an, die Arbeit zu zentralisieren. Außerdem habe er den Eindruck, dass Buer in eine kleine Ecke gedrängt werden soll und nur große Verbände gestärkt werden sollen.

Herr Weinert ergänzt, dass es inhaltliche Bedenken gibt, dass nur große Strukturen geschaffen werden sollen.

Herr Möller erinnert daran, dass es der Wunsch dieses Ausschusses gewesen sei, ein neues Konzept auszuarbeiten und erklärt, dass diese Vorlage nun das machbare Ergebnis mit dem möglichen Zeitraum sei, an dem alle Verbände eingehend mitgearbeitet hätten.

Vorsitzender bedankt sich für die Diskussion und bei der Verwaltung für das Vorbereiten des Konzepts. Des Weiteren bedankt er sich für die gute Arbeit des Alten Stahlwerkes und befürwortet den Vorschlag von Frau Dettmann, sich mit den Vereinen zu treffen und Gespräche zu suchen. Außerdem bittet er, das Thema interfraktionell weiter zu diskutieren, damit eine baldige Beschlussfassung möglich ist.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

**TOP 10    Unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für  
              Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum  
              Stichtag 30.06.2018  
              Vorlage: 2018/0226**

Frau Werges berichtet, dass bei dem Produkt 366-01 die Mehrbeträge auf eine vorgenommene Rechnungsabgrenzung von Mitteln der Offenen Jugendarbeit zurückzuführen seien.

Frau Feller erläutert, dass bei dem Produkt 351-05 „Familienpass“ der volle Rahmen in Höhe von 90.000,00 € nicht ausgeschöpft werde. Es werden wahrscheinlich 24.000,00 € übrig bleiben. Die Arbeitsgruppe werde sich daher zur Überarbeitung der Richtlinie nächste Woche treffen.

Zum Projekt P40018-013 „Ehrenamtsbüro“ erklärt sie, dass ca.10.000,00 € vom Land Niedersachsen und der Restbetrag von ca. 2.000,00 € von der Stadt Melle getragen werden. Im Produkt 111-03 „Gleichstellung von Frau und Mann“ sei noch ein Restbetrag vorhanden. Dieser soll für den Bereich Präventionsarbeit verwendet werden.

Vorsitzender bedankt sich für die umfassende Informationsübersicht und bittet um Fragen/Anmerkungen aus dem Plenum.

Frau Meier bemerkt, dass der unterjährige Controllingbericht eine wichtige Informationsquelle über die Entwicklung der einzelnen Produkte für den Ausschuss und die Arbeitskreise sei.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

## **TOP 11    Wünsche und Anregungen**

Vorsitzender erinnert an die Zukunftswerkstatt Demenz am morgigen Freitag, dankt allen Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. 30.10.2018  
Heiko Christian Grube  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

gez. 29.10.2018  
Andreas Dreier  
\_\_\_\_\_  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

gez. 25.10.2018  
Michael Hölscher  
\_\_\_\_\_  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)